Unterrichtung

Hannover, den 15.03.2022

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2019

Projekt Aaltaxi

Beschluss des Landtages vom 14.09.2021 - Drs. 18/9924 Nr. 44 - nachfolgend abgedruckt:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen erwartet, dass die Landesregierung darlegt, mit welchen Maßnahmen im Rahmen der jeweiligen ministeriellen Zuständigkeiten die festgelegte Aalabwanderungsquote künftig erreicht werden soll.

Der Ausschuss erwartet ferner, dass die Landesregierung im Rahmen der jeweiligen ministeriellen Zuständigkeiten umgehend bestehende rechtliche Verpflichtungen anderer Wassernutzer klären und die Inanspruchnahme dieser Wassernutzer betreiben wird.

Über das Veranlasste ist bis zum 31.03.2022 zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 08.03.2022

Die EU-Kommission hat 2020 im Rahmen ihrer Evaluierung der EU-Aalverordnung festgestellt, dass zur Zielerreichung geeignete fischereiliche Maßnahmen in Deutschland bereits weitgehend umgesetzt sind, außerfischereiliche Maßnahmen dagegen nicht. Die Landesregierung ergreift im Rahmen der Umsetzung der Aal-VO umfangreiche Maßnahmen, um die Bestandsituation des Europäischen Aals und insbesondere die Blankaalabwanderungsquote zu verbessern. Die wesentlichen Maßnahmen umfassen:

- Förderung von Aalbesatz im Rahmen des Europäischen Meeres- und Fischereifonds,
- Einführung eines 3-monatigen Fangverbots in den Unionsgewässern,
- seit 2017 Durchführung des Projekts „Aaltaxi“ an der Weser.

Darüber hinaus beabsichtigt die Landesregierung die Novellierung der niedersächsischen Binnenfischereiordnung. Neben der Erhöhung des Mindestmaßes für den Europäischen Aal sind auch im Kontext des Betriebs von Wasserkraftanlagen verschiedene Anpassungen mit dem Ziel eines verbesserten Fischartenschutzes vorgesehen.

Die Landesregierung führt das im Jahr 2017 an der Weser begonnene Projekt „Aaltaxi“, nunmehr im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz (MU) fort. Der Umsetzung des erforderlichen Fischartenschutzes an Wasserkraftanlagen und der notwendigen Klärung und Durchsetzung rechtlicher Verpflichtungen der Betreiberfirmen sowie der Abstellung ökosystemarer Defizite insbesondere im Rahmen von Wasserrahmenrichtlinie und der Richtlinie zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-RL) kommt dabei eine erhebliche Bedeutung zu. Schwerpunkt der Bemühungen bleibt es, Lösungen für den aalschonenden Betrieb der Wasserkraftanlagen unter Inanspruchnahme dieser Wassernutzer zu finden. Der Prozess der Prüfung bestehender Genehmigungen zum Betrieb von Wasserkraftanlagen und etwaiger Anpassungserfordernisse ist inzwischen eingeleitet worden; er wird kontinuierlich weiter betrieben werden. MU und das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz intensivieren die gemeinsamen Bemühungen zur Minimierung anthropogener Mortalitäten ressortübergreifend. Gemeinsame Untersuchungen und Forschungsaktivitäten zum Abbau gegebenenfalls bestehender Erkenntnisdefizite sollen auch unter der neuen Zuständigkeit weiter initiiert und unterstützt werden.

(Verteilt am 17.03.2022)